

26.02.2010

SP-Politiker Fraiss will Bund in die Pflicht nehmen • Alternative zu neuen Wachen:

Mehr Polizei statt „Stadtordner“

„Die ganze Debatte läuft in die Richtung: Besser als nichts, aber teurer als was Vernünftiges“, sieht SP-Klubchef Karl Fraiss die Diskussion um städtische Ordnungswachen und ihre „Aufrüstung“ per Landesgesetz skeptisch. Er will lieber den Bund in die Pflicht nehmen, in den Städten mehr Polizei auf die Straße zu bringen.

Aus Linz und Wels kommen, wie berichtet, Rufe, die städtischen Ordnungswachen per Landesgesetz kom-

petenzenmäßig aufzurüsten. Aber „echte“ polizeiähnliche Stadtwachen können sie nicht sein, da es in unserer

Bundesverfassung eine Art „Konkurrenzverbot“ zur Polizei gibt. Trotzdem fallen für die Städte hohe Personalkosten an.

Hier hakt Fraiss ein – und fordert als Alternative zu den zwangsläufig „zahnlosen“ Stadtordnungswachen eine Aufstockung der Bundespolizei in den betroffenen

Städten. So würden Bundesaufgaben gesichert und Personalkosten nicht auf die Städte übergewälzt, in denen die Bürger bloß einem „Durcheinander“ gegenüberstünden, wenn Stadtordner auch noch patrouillieren. Und dann enttäuscht sind, wenn diese Uniformierten nicht wirklich eingreifen dürfen. Also niemanden festhalten und perlustrieren bzw. zur Offenlegung der Identität zwingen können.

Man könne ja innerhalb der Polizei Zuständigkeiten klug verteilen – und zum Beispiel Postler, die zur Exekutive wechseln, für weniger anspruchsvolle, nämlich bloß verwaltungsrechtliche Ordnungs- und „Friedensarbeit“ einteilen, so Fraiss. Den Städten würden so auch keine neuen Kosten „unverantwortlich aufgebürdet“ werden.